

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Kim Nowak

29.07.2023

USA setzen Schweiz unter Druck -

Vorwurf: Umgehung von Sanktionen gegen Russland. Parlament zunehmend gespalten

Wenn es um Waffenlieferungen an die Ukraine geht, pocht die Alpenrepublik noch auf ihre Neutralität. Geht es gegen Russland, steht die Schweiz schon an der Seite der westlichen Mächte. Bereits am 28. Februar 2022 entschied der Schweizer Bundesrat in einer außerordentlichen Sitzung, die Sanktionspakete der EU gegen die Russische Föderation mitzutragen. Im Jahr 2022 wurden dadurch 7,5 Milliarden Franken (etwa 7,8 Milliarden Euro) russischen Finanzvermögens und 15 Immobilien gesperrt, wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) auf seiner Webseite bekanntgab. Trotz der Zusicherungen, den Sanktionskrieg gegen Russland mitzutragen, wurden in den vergangenen Wochen Vorwürfe laut – insbesondere US-amerikanische –, die Alpenrepublik treibe weiterhin indirekt Handel mit Russland.

Am Montag kam es daher zu einem Treffen zwischen dem US-Finanzministerium, dem Seco und der Schweizer Rohhandelsbranche. Wie der Tagesanzeiger berichtete, war auch ein Vertreter der US-Botschaft in Bern zugegen. In dem formal als »Arbeitstreffen« bezeichneten Zusammenkommen, lasen die USA demnach den Eidgenossen die Leviten. Im Zentrum steht der Vorwurf, dass die Schweiz beim Bankengeschäft und dem Rohstoffhandel die Sanktionen umgehe. Die Schweiz ist eine der wichtigsten Drehscheiben des weltweiten Rohstoffhandels – auch mit russischen Erdölprodukten wird weiterhin gehandelt. Daneben beschuldigten US-Senatoren Schweizer Banken schon Mitte Juli als »Russland-Helfer«, da diese weiterhin Bankgeschäfte mit dem Land führten. Auch der Vorsitzende der OECD-Arbeitsgruppe »Zur Bekämpfung der Korruption«, Mark Pieth, warf der Schweiz vor, »Putin und seinen

Kumpanen bei der Umgehung der Sanktionen« zu helfen. Die Rohstoffbranche sei »vollkommen unkontrolliert«.

Entgegen der Kritik von außen mehrt sich im Schweizer Parlament der Widerstand gegen die Finanz- und Wirtschaftssanktionen, wie die Neue Zürcher Zeitung am Donnerstag berichtete. Dem Bundesrat wird dabei nicht vorgeworfen, zu wenige, sondern zu viele Sanktionen zu erlassen. Beat Rieder, der für die christdemokratische »Mitte« seit 2015 dem Ständerat angehört, tritt als einer der lautesten Kritiker auf. Er hält die Übernahme von EU-Sanktionen für verfassungsfeindlich. Seine Kritik richtet sich gegen das achte Sanktionspaket, das Unternehmen und Personen, die unter die Strafmaßnahmen fallen, eine Rechtsberatung verbietet. Er verweist dabei auf das Schweizer Strafgesetzbuch, das Personen nur dann bestrafen könne, wenn die Straftat unter das Strafgesetz falle. In diesem Fall sei das nicht gegeben.

Flankiert wird diese Kritik von der rechten Schweizerischen Volkspartei (SVP), die bereits im April die Sanktionen als »antirussischen Rassismus« bezeichnete. Konkret attackierte die SVP die Sozialdemokraten (SP), die für eine Verschärfung der Sanktionen kämpft. Die SP will nämlich noch einen Schritt weitergehen. Sie steht für eine weitere Aufweichung der Neutralität der Schweiz und eine Anbiederung an die EU und die USA. Schon im April 2022 hatte sie die Rhetorik der von Bundeskanzler Olaf Scholz zwei Monate zuvor proklamierten »Zeitenwende« übernommen. Auch die Schweizer Grünen brüsten sich damit, als erste Partei das Ende der Neutralität gefordert zu haben.

Es zeigt sich deutlich, wie die Frage der Sanktionen auch die Regierung spaltet. Während die Sozialdemokraten, die in der Schweiz bisher weitaus linker waren als die SPD, eine Verschärfung der Sanktionen und eine Unterordnung unter westlichen Interessen fordert, sind es die Konservativen und Rechten (ebenfalls im Bundesrat), die auf die Neutralität pochen, eine Entschärfung fordern und die Einmischung von Washington und Brüssel scharf kritisieren. In welche Richtung sich die Alpenrepublik letztlich entwickelt, wird sich in der Zukunft zeigen, wenn sich auch der Wirtschaftskrieg der EU gegen Russland verschärft.